

Sehr geehrter Herr Gabriel,

am vergangenen Samstag sind 250.000 Bürgerinnen und Bürger gegen TTIP und CETA auf die Straße gegangen. Sie wollen verhindern, dass mit diesen Abkommen Völkerrecht geschaffen wird, welches Demokratie und Rechtsstaat aushöhlt.

Herr Gabriel, Sie haben sich an diesem Tag an die Leser/innen dieser Zeitung gewandt und um Vertrauen für TTIP geworben. Doch wie soll dieses Vertrauen entstehen, wenn Sie die Kritikpunkte der Demonstrant/innen umschiffen und versuchen, den Leser/innen mit Halbwahrheiten Sand in die Augen zu streuen?

Sie reden von TTIP – und schweigen zu CETA, dem Handelsabkommen mit Kanada. Es liegt fertig verhandelt vor und Sie müssen im EU-Ministerrat darüber entscheiden. Wenn wir Bürger/innen Ihren Versprechungen glauben schenken sollen, dann bleibt nur eine Konsequenz: Dass Sie endlich klar Nein zu CETA sagen – wie es am vergangenen Samstag 250.000 Menschen von Ihnen gefordert haben.

Denn Fakt ist: CETA enthält private Schiedsgerichte, über die auch US-Konzerne EU-Staaten auf Milliarden verklagen können, wenn sie ihre Profite durch demokratisch beschlossene Gesetze gefährdet sehen. Hierfür braucht es nur eine Niederlassung in Kanada – wie sie 80 Prozent aller US-Investoren haben.

Für TTIP formulieren Sie Anforderungen - und unterschlagen das Entscheidende:

- 🗨 Sie wollen ein TTIP, bei dem statt Schiedsgerichten „Handelsgerichtshöfe“ über Investitionsstreitigkeiten entscheiden sollen. Sie verschweigen, dass es sich dabei weiter um eine Paralleljustiz handelt, die rechtsstaatlichen Prinzipien widerspricht und Steuerzahler/innen Milliarden kosten kann.
- 🗨 Sie wollen ein TTIP, bei dem es „keine Absenkung der in Deutschland und Europa erreichten Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards geben kann“. Sie verschweigen, dass TTIP unsere Demokratie aushöhlt, weil wir ohne Zustimmung der USA de facto kaum noch Standards verändern können. Mit dem Rat für regulatorische Kooperation sollen Konzerne noch mehr Einfluss auf Gesetze erhalten.
- 🗨 Sie sprechen sich gegen einen „Zwang zur Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen“ aus. Sie schweigen darüber, dass durch Negativlisten und Investorenklagen der gesamte Sektor öffentlicher Daseinsvorsorge unter Liberalisierungsdruck geraten würde.
- 🗨 Sie wollen ein TTIP, bei dem „am Ende alle nationalen Parlamente und das Europäische Parlament das letzte Wort haben.“ Sie verschweigen, dass den Abgeordneten der Zugang zu konsolidierten Verhandlungstexten weiterhin verwehrt wird – und sie am Ende nur Ja oder Nein sagen können.

„Wer TTIP verteidigt, darf zu CETA nicht schweigen“

Ja, Herr Gabriel, auch wir wollen internationale Regeln für den Welthandel – aber solche, die Standards erhöhen und demokratische Gestaltungsspielräume erweitern.

Sie schreiben: „Bangemachen gilt nicht!“ Wir nehmen Sie beim Wort und fordern Sie zum öffentlichen Dialog auf – in jeder Halle, wo Sie wünschen, gerne live übertragen ins Internet. Stellen Sie sich der Debatte mit mir und den 1,7 Millionen Campact-Aktiven.



© Foto: Jakob Huber/Campact

Ich freue mich auf eine spannende Diskussion mit Ihnen, wie sie einer Bürger-Demokratie gut zu Gesicht steht.

Christoph Bautz, Geschäftsführender Vorstand Campact e.V.

Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der 1,7 Millionen Menschen für progressive Politik streiten. Wenn wichtige Entscheidungen anstehen, wenden wir uns mit Online-Appellen direkt an die Verantwortlichen in Parlamenten, Regierungen und Konzernen. Wir schmieden Bündnisse, debattieren mit Politiker/innen und tragen

unseren Protest auf die Straße: mit großen Demonstrationen und lokalen Aktionen. Finanziert durch Spenden, verfolgen wir unsere Anliegen unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen. Mehr Informationen finden Sie unter www.campact.de/ttip